

Die Liechtensteinische und Schweizerische Steueraffäre- Zwei Finanzplätze im Wandel

Bachelorarbeit

in

Banking & Finance

am

**Institut für schweizerisches Bankwesen
der Universität Zürich**

bei

Prof. Dr. Urs Birchler

Verfasser: Doris Ospelt

Abgabedatum: 11. September 2010

EXECUTIVE SUMMARY

Ausgangslage

Im Zuge der Subprime Krise ging das Vertrauen der Finanzmarktteilnehmer ineinander verloren. Dies wirkte sich auf die Geschäftstätigkeiten der Finanzinstitute weltweit aus. Wertpapiermärkte wurden illiquid und der Interbankenmarkt kam zeitweise völlig zum Erliegen. Dies führte dazu, dass den Finanzinstituten wichtige Refinanzierungsquellen verschlossen blieben. Aufgrund der erlittenen Verluste sowie des hohen Fremdfinanzierungsgrads einiger Banken war die Beschaffung von neuem Kapital unumgänglich. In Anbetracht dieser Situation und der drohenden Rezession wurden weltweit staatliche Rettungspakete in Milliardenhöhe geschnürt, was die Staatsverschuldungen in vielen Ländern steigen liess. Auf der Suche nach zusätzlichen Einnahmequellen gerieten schnell potentielle Steuersünder, welche Vermögen am Fiskus vorbei ins Ausland transferieren und somit dem Wohnsitzstaat Steuereinnahmen entziehen, ins Visier der Regierungen. International wurde begonnen, gegen vermeintliche Steueroasen vorzugehen. Auch der Druck auf die Schweiz und Liechtenstein wurde erhöht. Hauptangriffspunkt des Auslands war der Informationsaustausch in Steuerfragen, welcher in beiden Staaten aufgrund des geltenden Bankgeheimnisses sehr restriktiv gehandhabt wurde. Der internationale Druck wuchs während des Jahres 2008 immer weiter und Politiker verschärften ihren Ton gegenüber den Steueroasen. So fiel auch das berühmte Zitat des damaligen deutschen Finanzministers Peer Steinbrück „*Wir müssen nicht nur das Zuckerbrot benutzen, sondern auch die Peitsche.*“ Dies führte dazu, dass die Schweiz und Liechtenstein im März 2009 die Annahme des OECD-Standards der Transparenz und des Informationsaustausches in Steuerfragen erklärten. Diese Zugeständnisse der beiden Länder leiteten einen grundlegenden Richtungswechsel in der Kooperation in Steuerfragen mit dem Ausland ein. Die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung wurde für Kunden mit Wohnsitz im Ausland aufgehoben. Dies bedeutet, dass nun auch bei einem begründeten Verdacht auf Steuerhinterziehung Amtshilfe geleistet wird, wodurch das in beiden Ländern gesetzlich verankerte Bankgeheimnis stark eingeschränkt wurde. Diese Entwicklungen haben grundlegende Transformationsprozesse auf beiden Finanzplätzen ausgelöst.

Vorgehen

Anfangs werden die Finanzplätze der Schweiz und Liechtensteins und die geltende Rechtsprechung beider Länder kurz beschrieben. Im Folgenden sollen Beginn und Entwicklung der Steueraffären dargestellt und die Veränderungen des liechtensteinischen und schweizerischen Finanzplatzes vor dem Hintergrund der jeweiligen Steueraffären aufgezeigt werden. Dabei wird vor allem auf die Annahme des OECD-Standards und auf die verschiedenen Abkommen eingegangen, welche die zukünftige Zusammenarbeit in Steuerfragen mit dem Ausland regeln und somit Rückschlüsse auf das weitere Vorgehen der beiden Finanzplätze zulassen. Wegen der zahlreichen Reformen und Projekte sei darauf hingewiesen, dass in den Kapiteln 2-4 eine Zusammenfassung der Geschehnisse aufgezeigt wird. Für eine ausführliche Darstellung sei auf den Teil I des Anhangs verwiesen. In einem weiteren Schritt werden die Geschäftsberichte ausgewählter Banken auf Auswirkungen der Steueraffäre analysiert. Aufgrund der hohen Marktkonzentration der beiden betrachteten Bankenplätze werden die grossen Institute, UBS und Credit Suisse für die Schweiz, LGT Group, Liechtensteinische Landesbank und VP Bank für Liechtenstein, genauer betrachtet. Es soll eine Antwort auf die Frage gefunden werden, ob die Steueraffären die Geschäftsentwicklungen der Banken in den vergangenen Jahren beeinflusst haben. Aufgrund der zeitlichen Überschneidung der Finanzkrise mit den Steueraffären ist eine isolierte Betrachtung der Einflüsse der Steueraffäre sehr schwer. Die Untersuchung basiert daher hauptsächlich auf der Entwicklung der Nettoneugelder, da angenommen wird, dass sie das Vertrauen der Kunden in ihre Bank widerspiegeln und somit Rückschlüsse auf

die Steueraffäre gezogen werden können. Die Nettoneugeldentwicklung ist von Markt- und Währungsschwankungen bereinigt, was eine isolierte Betrachtung von den Einflüssen der Finanzkrise vereinfacht. Eine Analyse des Kommissions- und Dienstleistungsgeschäfts sowie eine kurze Betrachtung der Entwicklung der Bilanzen der Banken in der Schweiz und Liechtenstein runden den Hauptteil ab. Die ausführlichen Ergebnisse können dem Teil III des Anhangs entnommen werden. Zum Schluss wird ein Blick in die Zukunft die Auswirkungen der Steueraffären auf die Entwicklung der Finanzsektoren beider Länder aufzeigen. Es soll untersucht werden, in welche Richtung die eingeleiteten Transformationsprozesse führen könnten und welche Veränderungen dies für die Strukturen der Finanzsektoren mit sich bringt.

Es sei speziell darauf hingewiesen, dass die Steueraffäre Schweiz definiert wird als Steuerdebatte rund um das Schweizer Bankgeheimnis und zusätzlich auch als UBS-Affäre. Gerade die Entwicklungen der letzten Jahre bei der Grossbank können als exemplarisch für die im Folgenden losgetretene Steuerdiskussion gesehen werden. Sei dies aufgrund der rechtlichen Auseinandersetzung mit den USA, wo vor allem die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung eine wesentliche Rolle spielte, oder die Übermittlung der Kundendaten an die USA, welche vor allem im Kontext der Thematik des Schweizer Bankgeheimnisses gesehen werden muss. Daher wird für die Schweiz nicht nur die Entwicklung der Geldflüsse ausländischer Kunden untersucht, sondern es soll auch geprüft werden, ob die Ereignisse der vergangenen Jahre einen Einfluss auf das Verhalten der inländischen Kunden hatte.

Ergebnisse

Schweiz

Die Analyse der Geschäftsberichte hat gezeigt, dass die Geschäfte der Schweizer Banken in den Jahren 2008 und 2009 vor allem durch Auswirkungen der Krise um die UBS beeinflusst wurden. Betrachtet man die Neugeldflüsse der einzelnen Bankinstitute zeigt sich, dass es in den ersten Halbjahren 2008 und 2009 bei den Banken in der Schweiz zu einer Umverteilung der Kundengelder kam. Der UBS wurden Gelder in Milliardenhöhe entzogen, diese flossen zu Kantonal-, Raiffeisen-, Regional- und Privatbanken. Die Kunden verloren das Vertrauen in die Grossbank und transferierten ihre Gelder zu Banken, die Sicherheit boten, wie zum Beispiel zu den Kantonalbanken, die über eine Staatsgarantie verfügen. Auch bei der Entwicklung der performancebereinigten Beständen auf den Wertschriftendepots ausländischer Kunden und bei jener der ausländischen Passivgelder können Einflüsse der UBS-Affäre erkannt werden, zum Beispiel der Rückgang ab Februar 2009, als die UBS-Kundendaten an die USA übermittelt wurden.

Der Neugeldabfluss und der Zufluss glichen sich in den ersten Jahreshälften 2008 und 2009 bei den Banken in der Schweiz ungefähr aus. Ob während der Jahre 2008 und 2009 den Schweizer Finanzinstituten insgesamt Gelder entzogen wurden, lässt sich nicht zweifelsfrei beweisen. Eine genaue Betrachtung der Geldflüsse 2008 zeigt, dass der bei der UBS abgeflossene Betrag viel höher war, als die Zuflüsse bei den anderen Schweizer Bankengruppen (Kantonalbanken, Privatbanken, Raiffeisenbanken). Es kann daher vermutet werden, dass ein Teil dieser Gelder vom Finanzplatz Schweiz abgeflossen ist. Was wiederum auf die Unsicherheit der ausländischen Kunden zurückgeführt und somit als Auswirkung der Steuerdebatte interpretiert werden kann. Diese These stützt auch die Betrachtung der ausländischen Passivgelder, die von Anfang 2008 bis Mitte 2009 um mehr als CHF 150 Mrd., zurückgingen. Demgegenüber steht die Analyse der performancebereinigten Bestände auf den Wertschriftendepots der ausländischen Kunden, welche zwar Schwankungen unterlagen, die klar in Zusammenhang stehen mit den Ereignissen rund um die UBS, jedoch zwischen Januar 2008 und Mitte 2009 keine Veränderung aufwiesen. Zusätzlich gestützt wird diese Aussage durch die Erklärung

des Bundesrats, der in seinem Bericht „Strategische Stossrichtungen für die Finanzmarktpolitik der Schweiz“ festhält, dass die Schweizer Banken 2008 gar noch Netto-Geldzuflüsse verzeichnen konnten. Es sind somit klar Auswirkungen der Steueraffäre auf die Nettoneugeldentwicklungen der Schweizer Banken zu erkennen. Vor allem die Geschehnisse rund um die UBS haben ihre Geschäfte 2008 und 2009 stark beeinflusst. Wie sich allerdings die Debatte um das Bankgeheimnis genau ausgewirkt hat, bleibt offen, da nicht zweifelsfrei bewiesen werden kann, dass die ausländischen Kunden den Schweizer Banken 2008 und 2009 Gelder entzogen haben.

Liechtenstein

Im Jahr 2008 mussten die 15 in Liechtenstein ansässigen Banken einen Nettogeldabfluss von 4 Mrd. verzeichnen. Diese negative Entwicklung setzte sich auch 2009 weiter fort, als der Abfluss sich fast verdoppelte auf 7 Mrd. Auch bei den Banken zeigt sich ein ähnliches Bild. Die drei betrachteten Institute konnten in den Jahren vor der Steueraffäre hohe Nettoneugeldzuflüsse verzeichnen. Dies änderte sich ab 2008. In den Jahren 2008 und 2009 flossen Gelder in Milliardenhöhe ab. In den Geschäftsberichten wird erwähnt, dass die Verunsicherung bei den Kunden mit ein Grund dafür war. Im Gegensatz zum Bankenplatz Schweiz fand jedoch keine Umverteilung der Vermögen von einer Bank zur anderen statt. Aufgrund dieser Tatsachen und der Entwicklung der Neugeldflüsse, welche genau mit Beginn der Steueraffäre immens einbrach, obwohl in den Jahren zuvor ein stetiger Wachstum stattgefunden hat, kann ein Einfluss der Steueraffäre auf die Geschäftsentwicklung der Banken angenommen werden.

Ein interessantes Ergebnis zeigt auch die Analyse der Geldflüsse der LGT, die weltweit Niederlassungen betreibt. Ein Vergleich der Neugeldentwicklung in den verschiedenen Standorten zeigt, dass 2008 und 2009 der Abfluss hauptsächlich am Standort Liechtenstein stattfand. In den lokalen Banken in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Singapur konnten hingegen Zuflüsse verzeichnet werden. Es kann daher festgestellt werden, dass die Steueraffäre um den Finanzplatz Liechtenstein vor allem dem Standort Liechtenstein geschadet hat und weniger der Marke LGT.

Aufgrund der hohen Abflüsse der Kundenvermögen bei allen liechtensteinischen Banken und auch auf dem gesamten Bankenplatz Liechtenstein kann vermutet werden, dass die 2008 begonnene Steueraffäre durchaus einen Einfluss auf diese Entwicklung hatte. Die fallenden Kundengelder wirkten sich über die Dienstleistungs- und Kommissionserträge auch negativ auf die Ertragslage der Institute aus. Auswirkungen der Steueraffäre auf die Geschäfte der liechtensteinischen Banken scheinen somit bewiesen.

Fazit

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Steueraffären in der Schweiz und Liechtenstein grundlegende Reformen ausgelöst und auch die Geschäftstätigkeiten der Bankinstitute wesentlich beeinflusst haben. Das Bankgeheimnis, welches Jahrzehnte als unantastbar galt, wurde teilweise gelockert. Die gesetzlich verankerte Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung wurde für ausländische Kunden mit der Annahme des OECD-Standards aufgegeben. Dies sind Entwicklungen, die noch vor 3 Jahren für unmöglich gehalten wurden. Diese tiefen Einschnitte in die Rahmenbedingungen der Finanzplätze bedingen eine Neuorientierung der Finanzinstitute. Eine Anpassung der Geschäftsmodelle, welche auch nachhaltig Erfolg garantieren, scheint unumgänglich.

Schweiz

Im Vergleich zu Liechtenstein, welches mit seiner klar definierten Weissgeldstrategie schon eine Lösung für die Zukunft gefunden zu haben scheint, befindet sich die Schweiz immer noch bei der Analyse der verschiedenen Möglichkeiten. Da die EU schon heute offen über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs spricht, sollte für die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen so schnell es geht eine Lösung gefunden werden mit der beide Parteien einverstanden sind. Allein durch den Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen, die den OECD-Standard enthalten, kann die Problematik der Steuerhinterziehung langfristig nicht gelöst werden. Der Druck der EU könnte irgendwann so hoch werden, dass die Schweiz keine andere Alternative mehr hat, als den automatischen Austausch der Informationen. Dies käme jedoch einer Aufhebung des traditionell verankerten Bankgeheimnisses gleich.

In Zukunft soll eine Lösung für die Kooperation mit dem Ausland gefunden werden, welche den Marktzutritt für Schweizer Finanzdienstleister regelt, den Schutz der Privatsphäre der Bankkunden wahrt und auch eine Lösung für die Regularisierung von undeklarierten Konti vorsieht. Für die Schweiz ist dabei vor allem der Marktzutritt für grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen von entscheidender Bedeutung, ist sie doch mit einem Marktanteil von 28% der grösste Anbieter von grenzüberschreitender Vermögensverwaltung. Falls weiterhin Zugangsbeschränkungen existieren, wird die Wertschöpfung des Schweizer Bankensektors kaum im heutigen Ausmass aufrechterhalten werden können. Eine Lösung, die neben dem Marktzutritt auch Rechtssicherheit für das grenzüberschreitende Geschäft garantiert, sollte daher oberste Priorität haben.

Liechtenstein

Auch in Liechtenstein hat die Steueraffäre um den Finanzplatz einen Transformationsprozess losgetreten. Sie hatte zum Einen eine beschleunigende Wirkung auf Reformen, die schon vorher geplant waren, zum Anderen führte sie zu einer Veränderung der Rahmenbedingungen, wie den Abschlüssen der TIEs und zu einer Auseinandersetzung mit den Geschäftsmodellen der Finanzinstitute und somit zu einer Neupositionierung für die Zukunft. Während doch anzunehmen war, dass die gestohlene Daten-CD, die Diskussion um Steuerfragen und der allgemeine internationale Druck einen nachhaltigen, negativen Einfluss auf den Finanzplatz Liechtenstein und dessen Reputation haben würden, waren die Neugeldabflüsse der VPB 2010 wieder rückläufig. Die LGT und die LLB konnten gar Zuflüsse verzeichnen, was als Zeichen des zurückkehrenden Vertrauens gewertet werden kann.

Die Transformationsprozesse wurden eingeleitet auf politischer, wie auch auf wirtschaftlicher Ebene, dies braucht jedoch Zeit und sollte nicht überhastet werden. Es soll jedoch beachtet werden, dass eine Branche welche über Jahrzehnte aufgebaut wurde, nicht von einem Tag zum nächsten einen strukturellen Wandel durchlaufen kann und sollte.